

Rolf Reißig

Linksverschiebung ohne reale politische Gestalt

Neue Perspektiven in einem gewandelten Parteiensystem

Seit Gründung der LINKSPARTEI haben wir es bundesweit mit einem Fünf-Parteien-System zu tun. Dies hat weit reichende Konsequenzen. Der Autor geht von einer strukturellen Linksverschiebung im Lande aus, die jedoch bei der Bundestagswahl 2009 zu keinem Linksbündnis führen dürfte. Dafür fehlten noch die konzeptionellen und politischen Voraussetzungen.

Das Parteiensystem der Bundesrepublik erwies sich in den vergangenen Jahrzehnten als recht stabil. Trotz fortschreitender Modernisierungs- und sozialer Wandlungsprozesse blieben die traditionellen Strukturen des Parteiengefüges, deren Wurzeln ins 19. Jahrhundert reichen, dominant. Christlich-konservative, liberale, sozialdemokratische Parteien konkurrierten um Wähler, Einfluss und politische Macht. Im Unterschied zu den meisten anderen west- bzw. nordeuropäischen Ländern konnte sich auch nie eine einflussreiche und koalitionsfähige Partei links von der SPD etablieren. Alle entsprechenden Versuche scheiterten früher oder später. Die SPD besaß und behielt die Hegemonie über die Linke. Allein den GRÜNEN gelang es, im Rahmen der neuen sozialen Bewegungen und eines sich vollziehenden Wertewandels, sich im bundesdeutschen Parteienwettbewerb zu behaupten. Im bestehenden Vier-Parteiensystem verliefen Koalitionsbildungen alles in allem im gewohnten Muster. Zweier-Koalitionen waren die Regel. Diese lange Phase der Konzentration und Stabilität des deutschen Parteiensystems scheint nun eher einer Phase des Wandels und der Ausdifferenzierung zu weichen. Seine Zukunft ist heute offener denn je.

Die beiden großen Volksparteien CDU/CSU und SPD verlieren an Bindekraft und Integrationsfähigkeit. Lag z.B. ihr Anteil bei den Wählerstimmen in den 70er Jahren bei über 90 Prozent, in den 80er

Jahren noch bei über 80 Prozent, so schrumpfte er bei der Bundestagswahl 2005 auf unter 70 Prozent. Der politische Wettbewerb nimmt zu.

Mit der Entstehung einer neuen Partei links von der SPD können sich diese Trends noch verstärken. Das Drei-Parteiensystem im Osten der Republik und das Vier-Parteiensystem des Westens mutieren zu einem bundesweiten Fünf-Parteiensystem – mit weitreichenden Folgen. Es kommt zu strukturellen Links/Rechts-Verschiebungen. Mit dem (wahrscheinlichen) Ende von Zweier-Koalitionen zeichnen sich neue, bislang ungewohnte Koalitionsbildungen ab und werden neue Balancen notwendig.

Die Republik wird auf politisch-parlamentarischem Gebiet »unübersichtlicher«, »ungeordneter«; vielleicht aber auch nur – im europäischen Vergleich – normaler. Denn ein Parlament sollte sich eigentlich auf der Höhe der realen gesellschaftlichen Gegensätze befinden (*Niklas Luhmann*).

Linkspartei auf Dauer gestellt?

Diese Veränderungen und Ausdifferenzierungen im deutschen Parteiensystem spiegeln Erosions-, besonders aber Wandlungsprozesse in der Gesellschaft, namentlich in den sozialen Milieus und entlang der traditionellen Konfliktlinien wider.

Das gilt offensichtlich auch für die erstmalige Herausbildung einer Partei

links von der SPD. Dies scheint nicht allein situativ, sondern auch strukturell begründet. Zunächst wurde das im Osten Deutschlands sichtbar. Die in der deutschen Vereinigungsgesellschaft sich abzeichnende Ost-West-Konfliktstruktur – im bestehenden Parteiensystem unzureichend abgebildet – wurde zur Grundlage für die Herausbildung der PDS als einer »ostdeutschen Volkspartei«. Ihr Versuch freilich, eine linke gesamtdeutsche Partei zu werden, scheiterte. Doch ein Wandel in den gesellschaftlichen Verhältnissen und Strukturen schuf »gewachsene Resonanzmöglichkeiten einer Partei links von der Sozialdemokratie« (*Franz Walter*). Die SPD unter Gerhard Schröder rückte in die »neue Mitte« und gab damit traditionelle sozial-strukturelle Räume und Milieus frei. Ihr Markenzeichen in der Sozialpolitik verlor in Teilen ihrer Mitglied- und traditionellen Wählerschaft an Akzeptanz. Eine Folge war die Entstehung der vor allem von Gewerkschaftern und ehemaligen Sozialdemokraten Westdeutschlands getragenen WAHLALTERNATIVE ARBEIT UND SOZIALE GERECHTIGKEIT (WASG). Der politische Raum öffnete sich. Die vorgezogene Bundestagswahl 2005 zwang PDS und WASG ihre bislang nur losen Kontakte zu intensivieren. Die offene Liste der zur LINKSPARTEI.PDS umbenannten Partei, auf der sich zahlreiche WASG-Kandidaten platzierten, erhielt mit über vier Millionen Stimmen ein überraschend gutes Ergebnis. Mehr als eine Million (25 Prozent) ihrer Wähler hatten drei Jahre zuvor noch der Sozialdemokratie ihre Stimme gegeben. Inzwischen hat die Fusion von LINKSPARTEI.PDS und WASG reale Gestalt angenommen.

Ob auf Dauer DIE LINKE den frei gewordenen Platz links von der SPD wirklich einzunehmen und vor allem real auszufüllen vermag, ist heute noch völlig offen. Auf das Scheitern des Projekts und den Zerfall der neuen LINKSPARTEI zu hoffen oder allein auf ihre Domestizierung

zu setzen, scheint kurzsichtig und würde nur vergangene Fehler wiederholen. Denn trotz aller Unwägbarkeiten dieses Parteienprojekts spricht heute mehr dafür, dass sich die LINKSPARTEI im bundesdeutschen Parteienwettbewerb erst einmal etabliert. Von der absoluten Zahl ihrer Wähler her ist die LINKSPARTEI keine ostdeutsche Regionalpartei mehr, sondern eine gesamtdeutsche Partei. Auch die sozial-strukturelle Zusammensetzung ihrer Wählerschaft hat sich im Vergleich zur früheren PDS-Wählerschaft gewandelt. Neben dem traditionellen Wählerstamm aus der früheren DDR-Dienstklasse ist es ihr gelungen, sowohl im Osten, vor allem aber im Westen der Republik sozial Schwache und Modernisierungsverlierer als Wähler zu rekrutieren. Wie eine Studie der FES feststellt, kann sich die LINKSPARTEI auf zwei Schlüsselmilieus stützen, aus denen 46 Prozent ihrer Anhänger stammen: die »Bedrohte Arbeitnehmermitte« und das »Abgehängte Prekariat«. Doch auch bei den »Kritischen Bildungseliten« kommt sie immerhin auf 20 Prozent, die SPD auf 23 (*Gero Neugebauer*).

Und folgt man dem Modell, das den Parteienwettbewerb nicht nach sozial-strukturellen Merkmalen, sondern entlang der zwei maßgeblichen Wertekonflikte abbildet; d.h. zum einen der sozio-ökonomischen Konfliktdimension in Gestalt des Sozialstaatskonflikts und zum anderen der politisch-kulturellen Konfliktdimension zwischen libertären und autoritären Wertesystemen, dann zeigt sich grob verallgemeinert folgendes: Die Wähler und Anhänger der LINKSPARTEI setzen verstärkt auf Sozialstaatlichkeit und Staatsinterventionismus und sind mehrheitlich auf der libertären Seite der politisch-kulturellen Konfliktlinie zu finden. Auch in ihrer Selbsteinschätzung bezeichnen sie sich vorwiegend als »links« (*Oskar Niedermayer*).

In dieser Hinsicht zumindest braucht

die LINKSPARTEI bei ihrem Versuch der Wählerrekrutierung keinen größeren Spagat zu vollziehen. Sie wird sich offensichtlich als Repräsentantin von Sozialstaatlichkeit sowie sozialer Gerechtigkeit zu profilieren versuchen. Mit den veränderten Grundstimmungen in Deutschland stehen ihre Chancen deshalb nicht so schlecht.

Dennoch: Resonanzboden ist das Eine; Personal, Kompetenz, Politikfähigkeit das Andere. Hier sind die Konflikte in der LINKSPARTEI evident und nicht wirklich ausgeglichen. Die beiden zentralen Fragen, was das Grundanliegen, die spezifische Funktion und was die zukunftsfähige Idee, das zukunftsfähige Projekt einer neuen LINKSPARTEI sei, sind noch nicht geklärt. Kontroverse Vorstellungen prallen aufeinander. Der Ausgang der Debatte ist offen. So gibt es selbst bei der Funktionsbestimmung und der Selbstverortung der Partei im politisch-parlamentarischen Raum noch keine klare Antwort. Deutlich wird das in der Auseinandersetzung um die Frage: pragmatisch-realistische Politik oder Fundamentalopposition? Die mühsam gewonnenen Erfahrungen des *mainstream* in der PDS – Gesellschaftskritik mit real-politischen Gestaltungsoptionen zu verknüpfen – werden im Vereinigungsprozess mit der WASG wieder stärker in Frage gestellt. Die Regierungsbeteiligung gar, besonders in Berlin, wird heftig kritisiert.

Und die Frage nach dem künftigen Profil, dem zukunftsfähigen Projekt einer neuen Linken harrt ebenso der Klärung. Die Vorstellungen reichen von einer »Traditionellen Sozialstaatspartei« über »Neue Soziale Demokratie« und »Plurale Sozialistische Sammlungsbewegung« bis hin zu einer »Anti-kapitalistischen Linken«. Eine wirklich moderne Linke, wenngleich in Deutschland als kleine Partei fungierend, könnte eine Lücke im deutschen Parteiensystem füllen und zu einer Bereicherung im Parteienwettbewerb beitragen. Nur ist ein solch neuer politischer und geistig-kultureller Aufbruch von links noch nicht wirklich erkennbar.

Perspektiven linker Reformkoalitionen

Bleibt abschließend die Frage, welche Perspektiven haben »Links-Koalitionen« oder »Mitte-Links-Koalitionen« in Deutschland? Während in der alten Bundesrepublik das »bürgerliche Lager« aus CDU/CSU und FDP meist eine strukturelle Mehrheit hatte, verfügt das »linke Lager« aus SPD, LINKSPARTEI und GRÜNEN seit den Wahlen 1998 nun fortdauernd über eine solche strukturelle Mehrheit der Stimmen. Und in Ostdeutschland rekrutieren SPD und LINKSPARTEI seit Langem die absolute Mehrheit der Wählerstimmen. Unter diesem Aspekt gibt es im deutschen Parteiensystem eine Linksverschiebung, die jedoch bislang keine reale politische Gestalt annimmt. SPD und LINKSPARTEI gefallen sich derzeit auf Bundesebene in gegenseitiger Ablehnung. Die Gegensätze, noch dazu ideologisch gewendet, sind dominant. Die SPD schließt zurzeit eine Koalition mit der LINKSPARTEI definitiv aus. Für die Bundestagswahl 2009 ist eine solche Koalition tatsächlich unwahrscheinlich; nicht nur aus situativen und personellen Gründen. Es fehlen dafür heute die konzeptionellen und politischen Voraussetzungen.

Mit der Entstehung einer Partei links von der Sozialdemokratie scheint die SPD im Parteienwettbewerb geschwächt. Sie versucht das Blatt offensichtlich dadurch zu wenden, dass sie zurzeit sozialliberale Koalitionsmöglichkeiten präferiert. Natürlich wäre das eine Alternative zur Großen Koalition oder zu Schwarz-Gelb. Ob das aber den gesellschaftlichen Megatrends und den neuen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts – Stichwort globale Marktliberalisierung, Umweltkrise und zunehmende soziale Exklusion – entspricht, ist eine andere Frage. Und die Gefahr, dass damit die SPD weiter an Profil verliert, zumal wenn sie auch ihre Programmatik daraufhin stärker ausrichtet, ist real. Verlorenes Terrain im linken Spektrum kann so auch nicht zurück gewonnen werden.

Das Problem einer wählbaren linken Reformalternative ist damit nicht erledigt. Was heute noch unmöglich erscheint, muss künftig nicht so bleiben. Die Beispiele aus anderen Ländern (z.B. in Skandinavien) belegen die Möglichkeit linksdemokratischer Koalitionen unter Einschluss linkssozialistischer Parteien. Die Sozialdemokratie gewinnt hierbei erweiterte Optionen, was ihre Position gegenüber dem bürgerlich-konservativen Lager stärkt. So könnte auch die SPD hierzulande aus der neuen Situation letztlich politischen Nutzen ziehen. Selbst als 30-Prozent-Partei ergäben sich dann für sie als Alternative nicht nur Große Koalitionen oder Ampel-Koalitionen. Eine wählbare linke Reformkoalition im Bund setzte jedoch zum Einen voraus, dass die LINKSPARTEI auch auf Bundesebene regierungs- und koalitionsfähig wird und zum anderen, dass die SPD sich auf die veränderte Situation einstellt und zugleich ihre Markenzeichen als Partei sozialer Gerechtigkeit und aktiver Friedensgestaltung neu justiert. Rot-rote bzw. rot-rot-grüne Koalitionen werden auch nur dann reale Gestalt annehmen, wenn sie ent-

sprechende gesellschaftliche Akzeptanz finden. Das dies selbst in Deutschland nicht auf Dauer unmöglich bleiben muss, verdeutlicht das Beispiel rot-roter Koalitionen in Ostdeutschland und insbesondere in der jahrzehntlang tief gespaltenen Ost-West-Stadt Berlin.

Eine linke Reformalternative im 21. Jahrhundert verlangt deshalb nicht einfach eine Neuauflage eines »linken Blocks«, sondern eine Neuformierung und eine Erneuerung der Linken auf der Grundlage der neuen gesellschaftlichen

Spannungslinien und Herausforderungen. Für den politischen Wettbewerb und für die demokratische Zukunftsgestaltung des Landes könnte das nur von Vorteil sein.



Rolf Reißig
ist Professor für Sozial- und Politikwissenschaften am Brandenburg-Berliner Institut für Sozialwissenschaftliche Studien (BISS e.V.)
r.r.reissig@web.de

Michael Brie

Die Linkspartei – Partner für eine Reformalternative

Einer der Vordenker der PDS begründet, warum die LINKSPARTEI mehr ist als bloßer Konkurrent von SPD und GRÜNEN. Mittelfristig hält er eine »alternative Reformkoalition« der Linken für möglich.

Das Jahr 2007 wird den zweiten Strukturbruch im deutschen Parteiensystem seit den späten 70er Jahren vollenden – nach der ökologisch-libertären Modernisierungspartei DIE GRÜNEN hat sich nun DIE LINKE etabliert und die Konfliktlinie – soziale Regulierung *versus* Marktfreiheit – parteipolitisch reaktiviert. Im Folgenden werden *erstens* die oben genannten Annahmen präzisiert, *zweitens* Gründe für eine Wende hin zu sozialen, demokratischen und ökologischen Reformen genannt und *drittens* Chancen einer gemeinsamen alternativen Reformkoalition von SPD, GRÜNEN und LINKSPARTEI als Teil einer erneuten Linkswende der bundesdeutschen Gesellschaft wie nach jener zum Ende der 60er Jahre benannt.

Schien die PDS als Partei mit der verlorenen Bundestagswahl 2002 fast allen Beobachtern am unausweichlichen Ende, so hatten sich doch in der bundesrepublikanischen Gesellschaft unter der Oberfläche

der Stabilität die Elemente eines Bruchs gebildet. Wenig später wurde durch den Autor das Konzept eines Zusammengehens von PDS »mit anderen linken sozialen Kräften« (*PDS Plus*) entwickelt. Grundlage dafür war die These: »Die Entsicherung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche und der Rückzug des Staates aus seiner sozialen Verantwortung sind zu einer grundlegenden Bedrohung der Mehrheit der Bevölkerung geworden. Die Gefahren eines Absturzes »nach unten« sind drastisch gewachsen. Es bedarf eines Richtungswechsels gegenüber der Politik von Rot-Grün wie Schwarz-Gelb, der auf einem neuen Gesellschaftsvertrag basiert, um Flexibilisierung und Individualisierung mit sozialer Sicherheit, Gerechtigkeit und demokratischer Gestaltung zu verbinden... Eine solche Position kann relevante Minderheiten für sich gewinnen und zu einem relevanten Machtfaktor werden.«